

Trotz Bauernaufstandes: Borealis verkauft Düngemittelsparte

Gutachten. Verfassungsexperte pocht bei Deal auf Verantwortung der ÖBAG

VON MARTIN GEBHART

Stephan Pernkopf lässt bei diesem Thema nicht mehr locker. Seit bekannt geworden ist, dass Borealis – eine 100-prozentige Tochter der OMV – die Düngemittelsparte an den tschechischen Agrofert-Konzern von Ex-Premier Andrej Babis zu verkauft, läuft er mit seinem niederösterreichischen Bauernbund dagegen Sturm. Auf europäischer Ebene wurde eine auf Wettbewerbsrecht spezialisierte internationale Anwaltskanzlei eingeschaltet, in Österreich wurde die Politik mobilisiert. Nun liegt noch ein Gutachten des Verfassungsexperten Heinz Mayer vor, das auf die Rolle der Österreichischen Beteiligungs AG (kurz ÖBAG) eingeht. Die ÖBAG vertritt die 31 Prozent des Staates an der OMV. Laut Mayer müsste sie den Verkauf ans Ausland verhindern.

In einer Pressekonferenz mit Heinz Mayer kritisierte Pernkopf den geplanten Verkauf um rund 800 Millionen Euro scharf: „Wo bleibt die Verantwortung? Bäuerinnen und Bauern brauchen für die Produktion von Lebensmitteln die Düngemittel dringend. Wie will die ÖBAG eine Gefährdung unserer Versorgungssicherheit und leere Regale ausschließen?“ Wobei der Landeshauptfrau-Stellvertreter auf das Stickstoffwerk der Agrofert im deutschen Priesteritz verwies, wo die Produktion von Düngemitteln und AdBlue (Zusatzstoff zu Diesel) von einem Tag auf den anderen gestoppt worden sei.

In seinem Gutachten bezeichnet Mayer den Deal als „verfassungsrechtlich höchst problematisch“. Die ÖBAG habe den Auftrag der Sicherstellung der Lebensmittelversorgung. Die ÖBAG-Aufsichtsräte in

der OMV müssten Druck machen. Mayer: „Als Vorstand würde ich es mir da zehnmal überlegen, wenn ein Kernaktionär dagegen ist, auch wenn dieser nur 31 Prozent hat, was ich mache.“

Raidl-Kritik an ÖBAG

An die Verantwortung der ÖBAG appellierte bei der Pressekonferenz der Ex-Industrielle Claus Raidl: „Es geht um die Frage, ob das Einzelinteresse wichtiger ist als das öffentliche Interesse.“ Angesichts der jüngsten Entwicklungen rund um den Ukraine-Krieg habe diese „Produktion eine strategische Bedeutung für die Lebensmittelversorgung.“

Weder Borealis und die ÖBAG zeigen sich beeindruckt. Trotz des

Widerstands werde man den Verkauf des Düngemittelgeschäfts über die Bühne bringen, heißt es von einer Firmensprecherin. Der Abschluss des Geschäfts werde im Lauf des zweiten Halbjahres erwartet. Die ÖBAG erklärt, dass Agrofert „unmissverständlich eine Standortgarantie für Linz“ abgegeben habe. Auf die Verantwortung für die Versorgungssicherheit wäre hingewiesen worden. Dies sei in Form eines Pakets mit der oberösterreichischen Landespolitik vereinbart worden. Man könne die Argumente gegen den Verkauf nicht nachvollziehen, stehe aber jederzeit für ein Gespräch zur Verfügung. Das soll es jetzt zwischen ÖBAG-Vorständin Edith Hlawati und Stephan Pernkopf geben.



Das Borealis-Werk in Linz

Fakten

Das Unternehmen

Am Borealis Standort Linz werden Melamin, Pflanzennährstoffe, Guanidincarbonat und technische Stickstoffprodukte produziert und im Geschäftsfeld „Baschemikalien“ zusammengefasst. Borealis ist eine 100-prozentige Tochter der OMV.

Der Verkauf

Zuerst sollte die Düngemittelsparte an Eurochem um 455 Millionen Euro verkauft werden. Jetzt soll es der Agrofert-Konzern um 810 Millionen Euro erhalten.

Landesrechnungshof kritisiert mündliche Vergaben an Berater

Vorarlberg. Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) ist gerade wieder zurück im Amt, da sieht sich seine schwarz-grüne Regierung schon mit massiver Kritik des Landesrechnungshofs (LRH) konfrontiert. Die Direktorin der Kontrollinstanz, Brigitte Egger-Bargehr hatte im Zuge einer Prüfung erhebliche Mängel bei vom Land vergebenen externen Beratungsleistungen festgestellt.

So wurden die Aufträge fast nur mündlich und oft vor dem entsprechenden Beschluss der Landesregierung erteilt, hieß es am Mittwoch. Besonders bemerkenswert lief offenbar die Vergabe zur Konzepterstellung für einen regionalen Schlachthof in Dornbirn ab:

126.000 statt 10.000 Euro

Der zuständige Landesrat Christian Gantner (ÖVP) vergab die Konzepterstellung am Rande einer Veranstaltung an einen ihm bekannten pensionierten Fachmann, der sagte, er habe Lösungsansätze. Der Auftrag wurde ohne klare Festlegung von Auftragsgegenstand und Kosten erteilt, wobei Gantner laut LRH von Kosten von höchstens 10.000 Euro ausging. Schließlich fielen 126.000 Euro an. Das erstellte Konzept war praktisch nicht verwendbar.

Geprüft wurden sieben Projekte, für die eine Million Euro ausgegeben wurden – um die Hälfte mehr als vorgesehen. Das Land hat als Reaktion auf die Kritik eine verpflichtende interne Richtlinie herausgegeben.

HDI LEBEN
macht das Leben
lebenswert

2000 Lichtjahre
LEBENSWEIT

Versichern Sie, was sich im Leben lohnt.

www.hdi-leben.at | www.lebenswert.at | facebook.com/HDI.Lebenswert | linkedin.com/company/hdileben